



Inhalt: Unsichtbare Todesopfer? - Jahresstatistik 2011 - Interview zur Situation in Limbach-Oberfrohna - Abschiebung nach rassistischem Angriff - Die rassistischen Morde des NSU

Weitere Informationen zur Arbeit der Beratungsstellen im Internet auf: www.raa-sachsen.de

Unsichtbare Todesopfer? Die Anerkennung von Opfern rechter Gewalt

Nach den rassistisch motivierten Morden im Jahr 2009 an Marwa El-Sherbini in Dresden und 2010 an Kamal Kilade in Leipzig ist nicht auszuschließen, dass auch im Jahr 2011 ein Mensch aufgrund von Ungleichwertigkeitsvorstellungen sterben musste.

Am 27. Mai 2011 wurde der Wohnungslose André K. am Oschatzer Bahnhof von fünf Männern so brutal zusammengeschlagen, dass er wenige Tage später verstarb. Die bisherigen Informationen zu Tathergang und Tätern geben Hinweise auf ein rechtes Motiv. Rechte Gewalt gegen Wohnungslose geschieht zumeist aus dem Beweggrund heraus, einen „Penner fertig zu machen“. Das Opfer gilt als „minderwertig“ und „asozial“, ihm wird das Recht auf Leben abgesprochen. Aus dieser Einstellung heraus sind Gewalttaten gegen Wohnungslose oftmals durch besondere Brutalität geprägt. So auch in Oschatz, wo die Tatverdächtigen den 50-jährigen André K. mit Schlägen und Tritten gegen Körper und Kopf misshandelten, bis er sich nicht mehr rührte. Mindestens einer der jungen Männer wird in der Naziszene verortet. Verschiedene Umstände der Tat lassen also vermuten, dass die Täter aus sozialdarwinistischen Motiven handelten, als sie André K. am Oschatzer Bahnhof zu Tode prügelten.

In Anlehnung an die Zählweise des Rechercheprojekts zu Todesopfern rechter Gewalt seit 1990¹ von „Tagesspiegel“ und „Die Zeit“ führten die Opferberatungsstellen des RAA Sachsen e.V. die Tötung André K.'s bisher als Verdachtsfall. Nach dieser Zählweise ist für die Aufnahme in die Statistik eine Klärung des Tatmotivs beispielsweise im Gerichtsprozess

notwendig. Das Urteil im derzeit am Leipziger Landgericht verhandelten Tötungsverbrechen steht jedoch noch aus. Aus zwei Gründen haben wir uns in Abkehr von der bisherigen Praxis dafür entschieden, dieses Tötungsverbrechen (vorläufig) als rechten Mord zu erfassen.

Grund 1: Fragwürdige Ermittlungspraxis

Die rassistischen Tatmotive in den durch den „Nationalsozialistischen Untergrund“ begangenen Morden wurden jahrelang nicht gesehen. Die zuständigen Behörden ermittelten im Umfeld der Opfer selbst, anstatt der Möglichkeit eines rassistischen Tatmotivs nachzugehen. Die bearbeitenden Ermittler schlossen ein solches schnell aus. So konnten die Täter ungestört ihre Mordserie fortsetzen. Für die Angehörigen der Opfer ist es unzumutbar, einen nahestehenden Menschen zu verlieren und auch noch hinnehmen zu müssen, dass die Schuld für den Tod bei diesem selbst gesucht wird, anstatt Hinweise auf ein rassistisches Motiv ernst zu nehmen.

Daher sehen wir es verstärkt als Aufgabe der Beratungsstellen für Betroffene rechtmotivierter und rassistischer Gewalt, der Sicht der Ermittlungsbehörden eine andere Perspektive entgegenzusetzen. Wir thematisieren die Möglichkeit eines rechten Tatmotivs mit Nachdruck, wenn Hinweise wie im Fall des ermordeten André K. vorliegen. Um den öffentlichen Druck zu erhöhen, erfassen wir zukünftig Tötungen bereits, wenn ein rechtes Tatmotiv nicht auszuschließen ist. Sollte sich ein solches im weiteren Verlauf nicht bestätigen, so wird dies klargestellt.

Grund 2: Fragwürdige Anerkennungspraxis

Mindestens 148 Menschen wurden laut den Recherchen von „Tagesspiegel“ und „Die Zeit“ seit 1990 in Deutschland aus rechten Motiven umgebracht²; die Bundesregierung spricht nach wie vor von 58 Toten. Auch in Sachsen sind von 13 Todesopfern rechter Gewalt zwischen 1990 und 2010 noch immer nicht alle seitens des Freistaats anerkannt. Vor Bekanntwerden der NSU-Mordserie hatte die Sächsische Staatsregierung zuletzt im Jahr 2011 nach Überprüfung aller Todesfälle, die laut diesen Recherchen als rechtmotiviert in Betracht kommen, erklärt: „Die Umstände der Straftat wurden im Zuge der polizeilichen Ermittlungen auf Basis des Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ gewürdigt. Dabei ergaben sich keine Anhaltspunkte für das Vorliegen einer politisch motivierten Straftat.“³ Dass der Fehler nicht im polizeilichen Definitionssystem, sondern in dessen Anwendung liegt, wurde im Februar 2012 offensichtlich. Im Zuge der Debatten um den „NSU“ überprüfte Sachsen die Liste der Todesopfer erneut und kam zu dem Schluss, dass nunmehr „die Tötungsverbrechen an Ahmad Fatima (alias Bahir Zarah) vom 23. Oktober 1996 und an Patrick Thürmer vom 2. Oktober 1999, nachträglich als politisch motivierte Straftaten bewertet“⁴ werden. In beiden Fällen wiesen Angehörige, Freund_innen und Initiativen seit mehr als zehn Jahren auf die politische Dimension ihrer Ermordung hin.⁵ Zur bisher abweichenden Einschätzung heißt es seitens des Ministeriums: „Die unterschiedliche Bewertung ist damit zu erklären, dass diesmal zusätzlich die hierzu ergangenen Urteile der Strafgerichte beigezogen und in die Überprüfung des Landeskriminalamtes einbezogen wurden.“⁴ Lapidar wird hier eine Unglaublichkeit eingeräumt; die Polizei hat sich über zehn Jahre nicht die Mühe gemacht die Urteilsprüche der Verfahren in ihre Bewertungen mit einzubeziehen.

Einerseits waren die Behörden offensichtlich nicht in der Lage, eindeutige Hinweise im Ermittlungsverfahren zu recherchieren oder bei Vorliegen entsprechend zu werten, andererseits erscheint es unglaublich, dass es keinen Abgleich mit den Erkenntnissen der Justiz gab. Spätestens zum

Zeitpunkt des Urteilspruchs oder aber nach Inkrafttreten des neuen Erfassungssystems der politisch motivierten Kriminalität im Jahr 2001 hätte eine Anerkennung als Todesopfer rechter Gewalt stattfinden müssen, da aufgrund des polizeilichen Definitionssystems eine Tat dann als politisch motiviert gilt, „wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuelle Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet.“ Dies ist in beiden Fällen – wie nun auch eingeräumt – unstrittig der Fall.

Leider müssen wir zum jetzigen Zeitpunkt feststellen, dass eine Anerkennung von Todesopfern rechter Gewalt nur durch immensen Druck seitens Parlamentariern, Öffentlichkeit, Angehörigen und/oder Initiativen und Vereinen möglich wird. Daher werden wir uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die noch immer unsichtbaren Todesopfer, die in der Mehrzahl Wohnungslose waren, endlich anerkannt werden. Ein Schritt dahin ist die (vorläufige) Erfassung von Tötungsdelikten, wenn ein rechtes Tatmotiv nicht auszuschließen ist.

Anmerkungen:

¹ <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/todesopfer-rechter-gewalt>

² ebd.

³ vgl. Drucksache 5/5877

⁴ Antwort des Sächsischen Staatsministeriums des Innern an den Vorsitzenden des Innenausschusses bzgl. des Antrags der Fraktion Die Linke. Drucksache 5/4749 vom 8. Februar 2012.

⁵ vgl. hierzu Kleffner, Heike: (K)eine Frage der Wahrnehmung: die tödliche Dimension politisch rechts motivierter Gewalt. In: Opferberatung des RAA Sachsen e.V.: Tödliche Realitäten. Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini, Dresden 2011, S. 22-47.

⁶ siehe Fußnote 4

Chronik

18. Oktober, Colditz: Sieben Neonazis verfolgen, beleidigen und bedrohen zwei Jugendliche während eines Ausflugs ins Colditzer Umland. **26. Oktober, Dresden:** Drei junge Männer greifen unvermittelt zwei Pärchen mit der Beschimpfung „Zecken“ an. Einer Frau wird mit Anlauf ins Gesicht gesprungen, sie verliert einen Zahn. Die anderen Betroffenen erlitten eine Kopfplatzwunde und leichtere Verletzungen. **12. November, Mügeln:** In der Nacht greifen zwei stadtbekannte Mügel-

ner Nazis einen nicht-rechten Jugendlichen an. Dem Betroffenen gelingt jedoch die Flucht. **12. November, Chemnitz:** Mehrere Personen, die augenscheinlich zur Fangemeinschaft des Fußballvereins Chemnitzer FC gehören, attackieren eine Gruppe Punks an der Zentralhaltestelle. Die Betroffenen saßen bereits in einem Bus, als die Angreifer sie unter dem Ruf „Scheiß Zecken“ durch eine geöffnete Tür mit Flaschen bewerfen. Die Wurfgeschosse verfehlen jedoch ihr Ziel. **16. No-**

Rechte Gewalt 2011 im Überblick

Die Beratungsstellen des RAA Sachsen e.V. erhielten im letzten Jahr Kenntnis von 186 rechtsmotivierten und rassistischen Angriffen. Leider können wir nicht ausschließen, dass nunmehr im dritten Jahr in Folge ein Mensch sterben musste, weil die Täter ihm aufgrund rechter Motive sein Lebensrecht absprachen.

Insgesamt ist die Zahl rechter Gewalt im Freistaat im Vergleich zu den vergangenen Jahren, in denen die Berater_innen jeweils weit über 200 Angriffe registrierten rückläufig. Allein der mögliche Tod eines Menschen aufgrund rechter Gewalt verweist auf die dennoch immense Gefahr, aber auch der nähere Blick auf die erfassten Daten selbst zeigt, dass der Rückgang kein Anlass zur Entwarnung sein darf.

Ein Blick ins Detail

Während die Angriffszahlen in den meisten Landkreisen abnahmen, blieben sie in den Städten Dresden (40) und Leipzig (36) auf hohem Niveau. Unter den Landkreisen nimmt Mittelsachsen mit 19 registrierten Angriffen den traurigen Spitzenplatz ein, gefolgt vom Landkreis Zwickau (16) und dem Vogtlandkreis (16). Nachdem in den Vorjahren die Landkreise Nordsachsen (13; 2010: 19) und Leipzig (11; 2010: 31) besonders hohe Angriffszahlen aufwiesen, nahmen diese im Jahr 2011 deutlich ab.

Betroffen waren vor allem nicht-rechte alternative Jugendliche (63) und Menschen, die aufgrund von Rassismus (53) angegriffen wurden.

Bei den Angriffen handelte es sich überwiegend um Körperverletzungen (105) und versuchte Körperverletzungen oder Bedrohungen (60). Die besorgniserregende Zunahme an Brandstiftungen im Vorjahr setzte sich 2011 mit drei Fällen nicht fort. 2010 wurden in Sachsen 17 Brandanschläge verübt – auch auf Wohnhäuser, wobei bewusst der Tod von

Menschen in Kauf genommen wurde. Für den Brandanschlag auf das Hausprojekt „RM16“ am 24. August 2010 verurteilte das Landgericht Dresden im September 2011 den Dresdner Neonazi Stanley N. wegen zehnfachen versuchten Mordes und versuchter schwerer Brandstiftung zu einer Jugendstrafe von sieben Jahren und zehn Monaten. Im Fall des Brandanschlags auf das Hausprojekt „Praxis“ am 19. August 2010 führt die Staatsanwaltschaft weiterhin ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes gegen mehrere Beschuldigte.

Von weißen Flecken und Dunkelziffern

Die Beratungsstellen sind in ihrer Arbeit auf Hinweise von Betroffenen, aber auch Partner_innen wie Vereinen und Initiativen vor Ort angewiesen. In Regionen, die diesbezüglich „weiße Flecken“ darstellen, ist die Dunkelziffer rechtsmotivierter Angriffe entsprechend hoch. Auch der Kontakt der Berater_innen zu den einzelnen Betroffenenengruppen beeinflusst die gemeldeten Fallzahlen. Je schwieriger ein vertrauensvoller Zugang zu finden ist, desto seltener erfahren sie von Angriffen. Auch die zunehmende Frustration über die eigene Situation vieler Betroffener führt zu weniger Meldungen, besonders bei nicht-rechten oder alternativen Jugendlichen, aber auch bei Betroffenen von rassistischen Angriffen. Bedrohungen, versuchte Körperverletzungen oder einfache Körperverletzungen ohne schwerwiegende Folgen werden als Lappalien betrachtet, die zum Alltag gehören. Aufgrund dieser „Gewöhnung“ an rechts- und rassistisch motivierte Gewalt wenden sich Betroffene nur an die Opferberatung, wenn es sich in ihren Augen um schwerwiegende Fälle handelt.

Eine detaillierte statistische Auswertung zum Jahr 2011 findet sich auf: www.raa-sachsen.de/statistik.html

vember, Dresden: Zwei junge Männer bedrohen und beleidigen die Bewohnerin eines Hauses. Sie rufen „Sieg Heil“ und drohen, dass ein „Antifa-Haus“ im Dresdner Osten nichts zu suchen habe. Außerdem warfen sie einen Gegenstand in Richtung des Hauses. Die alarmierte Polizei erteilt den Männern einen Platzverweis. **23. November, Freital:** Ein Parteibüro der LINKEN wird

von Unbekannten mit Hakenkreuzen beschmiert. **25. November, Zwickau:** Anhänger des FSV Zwickau skandieren während eines Fußballspiels in Anspielung auf die Morde des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU): „Terrorzelle Zwickau – olé, olé, olé“. Außerdem werden das sogenannte U-Bahn-Lied und antisemitische Schmährufe angestimmt. Die Polizei hat Ermittlungen

aufgenommen. **3. Dezember, Bad Düben:** Am Rande eines Fußballspiels zwischen FV Bad Düben und Roter Stern Leipzig soll ein 26-Jähriger ein rechtsgerichtetes Lied angestimmt haben. Bei der anschließenden Identitätsfeststellung schlägt er einen Polizeibeamten mit einem Quarzhandschuh. **9. Dezember, Bautzen:** Eine Gruppe von 30 Neonazis stört eine Veranstaltung

Heiter bis wolkig

Limbach-Oberfrohna ist seit 2008 Dauerbrenner in der sächsischen Medien- und Politiklandschaft. Unzählige Presseartikel, TV- und Radiobeiträge berichteten vom gesellschaftlichen Klima im Ort, von Angriffen auf linke Jugendliche, von Hausprojekten und Bürgerinitiativen, die sich einem rechten Mainstream in den Weg stellen. Wir knüpfen daran an, wollen aber den Fokus auf die Motivation und die Ziele einiger Akteure in der Kleinstadt richten. Das folgende Interview wurde mit zwei jungen Menschen geführt, die seit 2008 im Ort aktiv sind und ihre Freizeit derzeit in den Ausbau eines Infoladens stecken.

RAA: Wie sieht ihr aktuell die Situation in der Stadt?

J: Ich finde es gerade etwas ruhiger – das kann aber auch daran liegen, dass Winter ist und da ist es immer ruhiger. Tagsüber trifft man auf der Straße dennoch Menschen, die rechts sind und einen belapen. Nachts kommen immer noch Leute vorbei, wie letzte Woche, die mal einen Böller vor die Tür werfen. Ich kann das nicht so einschätzen.

D: Es ist die Erfahrung der letzten Jahre, dass es im Winter immer etwas ruhiger ist. Aber ich denke auch, dass es sich in Limbach etwas entschärft hat, da Leute im Gefängnis sitzen oder auf Bewährung sind.

RAA: Dennoch kommt es weiterhin zu Angriffen gegen nichtrechte Jugendliche in der Stadt. Ich kann mir vorstellen, dass so ein andauerndes Gefühl von Bedrohung den Alltag enorm einschränken kann. Ist dem so?

D: Man meidet verschiedene Orte, vor allem nachts – zum Beispiel Tankstellen und Kneipen. Man bewegt sich weniger zu Fuß durch die Stadt, benutzt eher das Auto oder läuft in großen Gruppen. Beim „Egotronic“ Konzert Anfang des Jahres haben wir darauf geachtet, dass alle Leute mit dem Auto wegkommen, da wir befürchteten, dass Gäste auf dem Heimweg angegriffen werden. Ansonsten hat es sich im Vergleich zur Situation vor drei Jahren gemäßigt. Da war es schlimmer.

J: Tagsüber, wenn man unterwegs ist, ist es halt so, dass man sich immer mal umdreht und schaut. Schon so ein wenig paranoid, finde ich. Wenn das Wochenende näher kommt, macht man sich immer Gedanken um sein Auto, das im Hof steht, dass da nicht doch was passiert, ein Stein reinfliegt oder so. Beim Einkaufen bringen andere junge Menschen immer mal einen dummen Spruch.

RAA: Die Zahlen machen einen Rückgang der Angriffe deutlich. Der Opferberatung wurden 2010 zwölf Angriffe gemeldet, 2011 haben wir sechs Angriffe aufgenommen. Das deckt sich mit den Beschreibungen, dass es etwas ruhiger geworden wäre. Kann man schon von Entwarnung sprechen?

J: Nein, nicht wirklich. Die einzelnen Taten sind extremer geworden. Die Nazis greifen in größeren Gruppen an und schrecken auch vor Brandstiftungen nicht zurück.

D: Ja stimmt, 2011 hatten wir zu Pfingsten und zum Stadtparkfest Gruppen von bis zu 40 Nazis vor dem Haus stehen. Ende 2008/Anfang 2009 waren es Gruppen von circa zehn. Da gibt es qualitativ schon eine Veränderung.

RAA: Habt ihr eine Idee aus welchem Raum die Nazis kommen. Es wird ja oft unterstellt, dass die Nazis nicht aus Limbach, sondern von außerhalb sind.

D: Bei größeren Ansammlungen sind auch schon Nazis von außerhalb da, bei den kleineren Sachen sind das Leute aus der Region, aus Limbach-Oberfrohna, Burgstädt und Hartmannsdorf.

RAA: Wie schätzt ihr das Mobilisierungspotenzial ein?

D: 2008 hatten wir es mit älteren Nazis zu tun, die nun eher zu Hause sitzen. Seit einem Jahr ist eine neue Generation aktiv, die so auf „Autonome Nationalisten“ macht. Es kommt halt drauf an, welcher Kreis mobilisiert. 40 sind immer drin. Vor einer Woche wollten die eine Spontandemo machen, da waren etwa 40 Nazis.

des Bürgerbündnisses Gesundbrunnen, bei der Handlungskonzepte gegen Rechts diskutiert werden sollten. Teils verummte Personen aus der Gruppe versuchen sich Zutritt zum Gebäude zu verschaffen, werden jedoch nicht eingelassen. Sie versammeln sich daraufhin vor dem Gebäude. Besucher_innen werden abgeschreckt, eine inhaltliche Arbeit ist aufgrund der Bedrohungs-

ge nicht möglich gewesen. **10. Dezember, Freital:** Am Jobcenter verkleben Unbekannte Türen und Schlösser, zünden einen Briefkasten an und hinterlassen Hakenkreuze und Naziparolen. **12. Dezember, Delitzsch:** Ein Denkmal für die Opfer des Faschismus wird mit einer SS-Rune beschmiert. **16. Dezember, Grimma:** Bereits zum dritten Mal in der zweiten Jahreshälfte wird ein

Büro der LINKEN mit neonazistischen Symbolen beschmiert. **30. Dezember, Dresden:** Mehrere Männer greifen kurz nach Mitternacht eine Frau an einer Tankstelle wegen ihrer Hautfarbe an. Die Betroffene wird zunächst rassistisch beschimpft und bespuckt, dann schlagen mehrere Angreifer auf sie ein. Als mehrere Passanten eingreifen, flüchten die Täter. Sie waren zuvor auf einem

RAA: Ihr seid ja seit 2008 im Ort aktiv. Ihr habt einen Verein gegründet und eure Freizeit, euer Geld und viel Kraft investiert. Das ging los mit dem Ausbau des Vereinssitzes, da erinnere ich mich an Vortragsabende und Kinderfeste. Dann kamen die Angriffe durch Neonazis und als Ergebnis die Kündigung der Räume. Dann wurde sich erneut aufgerafft und der Ausbau des Hausprojekts und des Infoladens angegangen. Jetzt zur Frage: Bei den ganzen Einschüchterungen, Angriffen und Hürden mit denen ihr euch seit 2008 auseinandergesetzt habt, woher nehmt ihr die Energie hier zu bleiben und euch weiterhin zu engagieren?

J: Aus der Hoffnung heraus, dass sich irgendwann mal etwas Gutes ergibt und man versuchen kann, die Jugend ein wenig von den Rechten wegzukriegen. Es ist ja auch nicht gut, wenn man resigniert, wegeht und alles geschehen lässt.

D: Ich denke, wir haben auch viele Erfolge, die ermutigen hierzubleiben. Wir haben das „Stay Rebel“ zweimal durchgeführt, Konzerte veranstaltet, es gibt das „Bunte Bürgerforum“ mit fast 40 Mitgliedern. Das sind ja auch Erfolgserlebnisse. Wenn es die nicht gäbe, dann glaube ich nicht, dass der Verein noch existieren würde. Zudem kommt viel Unterstützung von außen – Spenden, Hilfe beim Bauen, bei der Erstellung von Satzungen.

RAA: Ihr setzt euch beinahe pausenlos mit Nazis auseinander. Auch in der medialen Darstellung werdet ihr und euer Handeln oft darauf reduziert. Was sind denn eure Ziele, wofür steht eure Arbeit?

D: Grundlegend haben wir mehrere Ziele. Wir wollen politische Bildung betreiben, also Vorträge oder Ähnliches. Dann haben wir vor, eine alternative Kultur in Limbach zu etablieren, mittels eines Konzertraumes oder Festivals, wie dem „Stay Rebel“ und letztlich wollen wir den rechten Mainstream in der Stadt zurückdrängen, also vor allem Öffentlichkeitsarbeit gegen Nazis zu machen.

J: Die politische Bildung soll Themen wie rechte Ideologie, aber auch Alltagsrassismus beinhalten, mit dem Ziel ein möglichst breites Feld der „normalen“ Bürger in Limbach zu erreichen.

RAA: Was sind gerade ganz konkrete Projekte?

D: Wir werden uns erst einmal weniger auf den Infoladen konzentrieren, da der Streit um die Nutzung ein juristischer ist, der nun von Anwälten geführt wird. Wir möchten einen Graffiti-Contest auf die Beine stellen. Wir wollen wieder das „Stay Rebel“ durchführen und planen gerade, welche Bands spielen, welche Workshops stattfinden und so Zeug.

RAA: Mal angenommen, alle Hürden sind aus dem Weg, wie würde euer Programm aussehen?

D: Wir hätten wöchentlich eine Vokü (Anmerkung: warme Mahlzeit gegen Spende), verschiedene Vorträge und auch hin und wieder mal ein Konzert.

J: Dann hätten wir vielleicht auch feste Öffnungszeiten unseres Infoladens und sind Anlaufstelle für Interessierte.

RAA: Was hat sich seit 2008 verbessert?

D: Man findet mehr Gehör innerhalb der Stadt. Die Stadtverwaltung war gezwungen, etwas zu machen, auch wenn wir das, was da passiert, nicht als sinnvoll erachten.

RAA: Was ist geblieben?

D: Die Ignoranz der Stadt in Bezug auf Nazigewalt ist immer noch da.

J: Das betrifft vor allem das Wegsehen. Im letzten Jahr wollte der Oberbürgermeister die rechte Motivation wieder nicht klar benennen, sondern die Ermittlungen der Polizei abwarten. Das ist einfach ärgerlich, weil man das Gefühl hat, auch nach drei Jahren nicht ernst genommen zu werden.

RAA: Was hat sich verschlimmert?

J: Da fällt mir nichts ein.

RAA: Was wäre noch wichtig zu sagen?

D: Das man wekommt von diesem Extremismusbegriff. Der ist nicht zielführend. Das Problem hier sind einfach mal die Nazis. Das muss auch so benannt werden.

RAA: Vielen Dank für das Gespräch.

Konzert der Band „Frei.Wild“. **8. Januar, Glauchau:** Verteilt über das Stadtgebiet werden mehrere ca. einen Meter große Hakenkreuze und SS-Runen sowie neonazistische Parolen gesprüht. **15. Januar, Delitzsch:** Die Polizei stellt einen alkoholisierten Mann, der mehreren vorbeifahrenden Autos den Hitlergruß zeigt. **20. Januar, Bischofswerda:** Unbekannte beschmieren eine

katholische Kirche auf einer Länge von drei Metern mit dem Spruch: „Odin statt Jesus“. **21. Januar, Falkenstein:** Eine Gedenkstätte für die ermordeten Arbeiterführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wird mit einer großen Menge Gülle verschmutzt. Dazu wird ein Plakat mit den Worten „Kommunismus stinkt“ hinterlassen. **29. Januar, Taucha:** Ein unbekannter junger

Mann nötigt einen 11-jährigen Jungen mit Migrationshintergrund zur Beantwortung von Fragen. Der Mann bedroht das Kind mit einem Messer und einem Baseballschläger. Einen „ausländerfeindlichen bzw. rechtsgerichteten Hintergrund“ schließt die Polizei nicht aus. **3. Februar, Torgau:** Ein Mann zerstört die Schaufensterscheibe einer Pizzeria, versucht einen Brand zu legen

Drohende Abschiebung nach rassistischem Angriff in Plauen

Ein sächsischer Gerichtsbeschluss stellt die Ausweisung von Betroffenen rassistischer Übergriffe vor die Verfolgung und Verurteilung der Täter. Die Gefährdung durch Neonazis in der Region befürwortete die Abschiebung, so der zuständige Richter.

Mitte Oktober kommt es in Plauen zu einer Vielzahl rassistisch motivierter Angriffe. Ein dreißigjähriger Libyer wird an diesem Tag von einer Gruppe Neonazis gleich zweimal tödlich angegriffen und so stark verletzt, dass er mehrere Tage stationär behandelt werden muss. Die Polizei ermittelt einige der mutmaßlichen Täter durch Hinweise des Betroffenen. Wenige Zeit später erhält der Geschädigte ein Schreiben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, in dem er informiert wird, dass er nach Italien abgeschoben werden soll, da gemäß der sogenannten Dublin-II-Verordnung das Land für sein Asylgesuch verantwortlich ist, in dem er in die EU eingereist ist. Der junge Libyer klagt gegen diesen Bescheid u.a. mit dem Hinweis auf seine Traumafolgen durch den rassistischen Angriff; die Klage wird noch am selben Tag abgewiesen. In der äußerst knapp gehaltenen Begründung des Verwaltungsgerichts Chemnitz heißt es, dass die rassistischen Gewalterfahrungen doch eher gegen einen Verbleib in Deutschland sprechen, aber keinen Anhaltspunkt gegen eine Abschiebung liefern würden. Die Einsicht in die örtliche Bedrohung durch Neonazis wird somit zur Rechtfertigung gegen die Opfer rassistischer Schläger. Nicht nur, dass die Verurteilung der Täter mit der Abschiebung des Geschädigten und Zeugen erheblich erschwert wird, die rassistischen Verhältnisse, denen Nichtdeutsche hierzulande ausgesetzt sind, werden sogar als Argumentation gegen einen Aufenthalt von Asylsuchenden in Deutschland verwendet. Eine solche Logik stärkt das Selbstbewusstsein der RassistInnen, die sich in ihrer menschenverachtenden Position unterstützt sehen, dass Migrant_innen in Deutschland kein Lebensrecht besitzen.

Zusätzlich wird dem Betroffenen im konkreten Fall notwendige Unterstützung verwehrt und zusätzlich eine schwere psychische Belastung, die Angst vor der drohenden Ausweisung, erzeugt. In Italien sind Asylsuchende von bitterster Armut und Obdachlosigkeit bedroht. Auch besonders schutzbedürftige Flüchtlingsgruppen, wie Kinder und Traumatisierte, sind von diesen elenden Verhältnissen betroffen.

Mit Hilfe von Pro Asyl und engagierten Anwält_innen sowie durch die erneute Prüfung durch Staatsanwaltschaft und der zentralen Ausländerbehörde, konnte jetzt vorübergehend eine Duldung für den Betroffenen für die Zeit des Strafverfahrens erwirkt werden. Dies sehen die Mitarbeiter_innen der Opferberatung als positive Entwicklung. Der Ausgang dieses Falls ist jedoch noch offen und wird zeigen, wie menschenrechtsorientiert der Umgang sächsischer Behörden und Gerichte mit Betroffenen rassistischer Angriffe ist. Ein dauerhaftes Bleiberecht für Betroffene rechter Gewalt, eine bereits lang erhobene Forderung, wäre ein angemessenes Zeichen, dass die Gesellschaft sich an die Seite der Opfer stellt und nicht bereit ist, rassistische Gewalt zu dulden.

und flüchtet anschließend unerkannt. Der Brand ging jedoch selbständig aus, so dass die Feuerwehr nicht zum Einsatz kam. Die Polizei schließt auch in diesem Fall einen „ausländerfeindlichen Hintergrund“ nicht aus. **5. Februar, Dresden:** Eine Gruppe junger Männer beschimpft vier Männer und eine Frau zunächst als „Juden“ und „Schwuchteln“ und attackiert diese im Anschluss

körperlich. Ein Betroffener erleidet dabei schwere Verletzungen und muss im Krankenhaus versorgt werden. **7. Februar, Eilenburg:** Drei unbekannte, dunkel gekleidete Männer kippen unvermittelt den Rollstuhl eines 63-jährigen, so dass der Betroffene in den Schnee stürzt. Er war gerade dabei Müll wegzuschaffen, als er angegriffen wird. Die Täter entwenden anschließend

den Rollstuhl, dem Geschädigten gelingt es nur unter großen Mühen über eine Rampe zurück ins Wohnhaus und in seine Wohnung zu gelangen. **13. Februar, Dresden:** Teilnehmende eines Naziaufmarschs in der Dresdner Innenstadt bedrohen einen Journalisten am Rande der Demonstration. **19. Februar, Dresden:** In einer Straßebahn rief eine Gruppe junger Männer

Die rassistischen Morde des NSU

Unvorstellbar ist das Leid der Familien und Freund_innen der Opfer. Unvorstellbar sind die jahrelange Ungewissheit, das immense Misstrauen, die haltlosen Unterstellungen und falschen Verdächtigungen bezüglich des Tatmotivs durch die Polizei, die Medien und die Gesellschaft.

Es ist unbegreiflich, dass in Deutschland über Jahre rassistische Morde von denselben Tätern begangen werden, ohne dass die Behörden diese Taten zusammenbringen. Vor einigen Wochen sprach Bundesinnenminister Friedrich in einer Talkshow im ZDF von einem „Frühwarnsystem“ in Bezug auf die Wichtigkeit von V-Leuten in der rechten Szene. Da taucht die Frage auf: Wo war dieses Frühwarnsystem die ganzen Jahre? Diese Frage wird, wie viele andere auch, unbeantwortet bleiben.

Der Präsident des Verfassungsschutzes gab vor einigen Wochen zu Protokoll, dass man derartige Verbrechen nicht für möglich gehalten habe. Der „Rechtsterrorismus“ sei eine neue Dimension der Gewalt, mit der niemand rechnen konnte. Was aber ist neu und unvorhersehbar an den Taten des NSU? An dem Umstand, dass die Gruppe gezielt und kaltblütig Menschen aus rassistischen Motiven heraus ermordet hat, kann es nicht liegen, denn seit der deutschen Wiedervereinigung wurde eine Vielzahl von Menschen von rechten Gewalttätern verprügelt, bedroht, gejagt und ermordet.

Immer wieder wird bei polizeilichen Ermittlungen allzu schnell ein rechtes Tatmotiv ausgeschlossen. Warum tut sich die Polizei so schwer damit, ein rechtes Tatmotiv nicht ausschließen zu können? Warum fiel der Verdacht auf die Opfer und ihr Umfeld selbst und nicht auf rassistische Täter? Wie wirkt sich diese Stigmatisierung im Rahmen der Ermittlungen (Mafia, Drogen) auf die Hinterbliebenen aus?

Selbst in der Politik scheint es immer wieder schwierig, deutliche Worte zu finden. In seiner Neujahrsansprache forderte Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich zwar ein Verbot der NPD, weiterhin hieß es aber beispielsweise: „Viele Ehrenamtliche sorgten aktiv dafür, dass braunes Gedankengut aus der Gesellschaft verbannt werde. Auch die wirtschaftliche Situation verbessere sich und entziehe dem Extremismus den Boden.“ Aus Sicht der Opferberatung gibt es aber keinen Anlass zu solcher Entwarnung, rechte und rassistische Angriffe gehören auch in Sachsen weiterhin zum Alltag. Die Vorstellung, dass menschenverachtende Einstellungen durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage von allein verschwinden würden, zeigt, dass die Vielschichtigkeit der Phänomene Rassismus und Neonazismus ausgeblendet wird. Auch das Engagement der Ehrenamtlichen ist leider bei weitem nicht flächendeckend genug, um die Gesellschaft in Sachsen für die Gefahr von Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen ausreichend zu sensibilisieren. Die Arbeit der Fachkräfte muss verstetigt und ihre Angebote ausgebaut werden, ein wichtiger Schritt um das „braune Gedankengut“ und rechte Gewalt nachhaltig zu bekämpfen.

In Zwickau dagegen wird bedauert, dass sich der Begriff „Zwickauer Zelle“ als Parallelbezeichnung für den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) durchgesetzt hat und diese Tatsache für Zwickau nicht gut wäre. Hier wird wieder die große Sorge um das Image einer Stadt deutlich. Den Angehörigen der Mordopfer ist diese Sorge sicher schwerlich zu erklären. Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland bedauert vielmehr, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel während ihrer Rede zur Gedenkveranstaltung am 23. Februar 2012 nur einmal das Wort Rassismus in den Mund genommen hat und sonst nur von Rechtsextremismus gesprochen hat. Er hätte sich gewünscht, dass sie eine Strategie gegen Rassismus ankündigt.

rechte Parolen. Infolgedessen kommt es zu verbalen und körperlichen Auseinandersetzungen zwischen der Gruppe und weiteren Fahrgästen, wovon einer leichte Verletzung davontrug. **22. Februar, Kamenz:** Drei mit Ästen bewaffnete Täter schlugen in den frühen Morgenstunden 24 Scheiben einer Asylsuchendenunterkunft ein. Die Täter gingen ver mummt vor, richteten

jedoch nur Sachschaden an. **4. März, Chemnitz:** Im Vorfeld eines Naziaufmarsch überfallen zwei mutmaßliche Neonazis Mitglieder der GRÜNEN JUGEND. Drei Betroffene werden dabei leicht verletzt. Die Jugendlichen waren dabei, eine Kunstaktion für den 5. März umzusetzen. Mit Kreidesprüchen wie „Demokratie fetzt“ wollten sie Position gegen den Naziaufmarsch am dar-

auf folgenden Tag beziehen. **4. März, Bautzen:** In einer Kneipe greift ein Nazi einen jungen Mann an und schlägt auf ihn ein, nachdem beide in Streit geraten waren. **18. März, Delitzsch:** Im Anschluss an ein Ska-Konzert, in einem örtlichen Jugendclub werden acht Konzertbesucher_innen von einer ca. zehn Personen starken Gruppe gezielt körperlich attackiert. Ein tsche-

Dies ist bitter nötig. Weit verbreitete rassistische Einstellungen in großen Teilen der Bevölkerung sind auch in den Taten des NSU zu erkennen. Es wird viel von einer „rechtsterroristischen Zelle“ gesprochen, das suggeriert aber, dass diese Gruppierung völlig gesondert und isoliert vom Rest der Gesellschaft existieren und agieren konnte. Wir fordern eine stärkere Sensibilisierung staatlicher Behörden und der gesamten Gesellschaft für den Begriff des Rassismus!

Aber auch wir als Opferberatungsstelle, die seit Juli 2001 aktiv ist, müssen uns vorwerfen, dass wir die Morde an Enver Simsek, Abdurrâim Özüdogru, Süleyman Tasköprü, Habil Cilic, Mehmet Turgut, Ismail Yasar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubasik, Halit Yozgat und Michéle Kiesewetter nicht intensiv genug kritisch hinterfragt haben und uns allzu schnell mit den Darstellungen der Polizei abgefunden haben. Das bedauern wir sehr und werden in Zukunft noch genauer hinsehen und deutliche Worte finden, auch wenn das vielen in unserer Gesellschaft nicht gefällt.

Die Namen der mutmaßlichen Täter kennen alle, die Namen der Opfer kennt fast niemand

Enver Simsek, ermordet am 9. September 2000 in Nürnberg

Abdurrâim Özüdogru, ermordet am 13. Juni 2001 in Nürnberg

Süleyman Tasköprü, ermordet am 27. Juni 2001 in Hamburg

Habil Kilic, ermordet am 29. August 2001 in München

Mehmet Turgut, ermordet am 25. Februar 2004 in Rostock

Ismail Yasar, ermordet am 9. Juni 2005 in Nürnberg

Theodoros Boulgarides, ermordet am 15. Juni 2005 in München

Mehmet Kubasik, ermordet am 4. April 2006 in Dortmund

Halit Yozgat, ermordet am 6. April 2006 in Kassel

Michéle Kiesewetter, ermordet am 25. April 2007 in Heilbronn

chischer Konzertgänger erleidet massive Kopfverletzungen, eine weitere Betroffene wird durch einen Schlag gegen den Kopf leicht verletzt. Die Überfallenen befinden sich gerade auf dem Heimweg, währenddessen werden sie von einem Mann beobachtet, der zudem auffällig telefonierte. Kurz nach Beendigung des Telefonats begann

der Angriff. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

Eine umfangreichere Chronik der Beratungsstellen ist auf der Homepage einzusehen: www.raa-sachsen.de

KONTAKT

Für weiterführende Informationen zur RAA-Opferberatung besuchen Sie bitte:

www.raa-sachsen.de

Die RAA-Opferberatung verfolgt einen aufsuchenden Beratungs- und Unterstützungsansatz, der sich ganz an den Bedürfnissen der Betroffenen ausrichtet. Um einen Termin für eine Beratung zu vereinbaren, wenden Sie sich einfach an das Büro in ihrer Landesdirektion.

Büro Dresden

Bautzner Straße 45/47, 01099 Dresden

Tel: 0351 88 94 174

Mobil: 0172 97 41 268

Fax: 0351 88 94 193

opferberatung.dresden@raa-sachsen.de

Büro Chemnitz

Weststraße 49, 09112 Chemnitz

Tel: 0371 48 19 451

Mobil: 0172 97 43 674

Fax: 0371 48 19 452

opferberatung.chemnitz@raa-sachsen.de

Büro Leipzig

Peterssteinweg 3, 04107 Leipzig

Tel: 0341 22 54 957

Mobil: 0178 51 62 937

Fax: 0341 22 54 956

opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de

Gefördert durch:



Impressum - Newsletter April 2012

Herausgeber: RAA Sachsen e.V. - Opferberatung, Bautzner Straße 45/47, 01099 Dresden, Mail: opferberatung.dresden@raa-sachsen.de, V.i.S.d.P.: Grit Armonies